

Manfred Weber

Eine boomende Wirtschaft, sinkende Arbeitslosenzahlen, rückläufige Budgetdefizite – der richtige Zeitpunkt für die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms? Ja, denn auch der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung darf die Parteien nicht davon abbringen, über den Tag hinaus zu denken und tragfähige Konzepte für die Zukunft zu formulieren. Zudem zeigen die wirtschaftlichen Erfolge eines ganz deutlich: Eine vorausschauende Reformpolitik wird sich auf lange Sicht auszahlen.

Mit der für Ende des Jahres geplanten Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms hat nun die CDU Gelegenheit, die großen ökonomischen Herausforderungen des beginnenden einundzwanzigsten Jahrhunderts in einen überzeugenden inhaltlichen Gesamtansatz einzubinden. Schon einmal in jüngerer Zeit war es ihr gelungen, mit mutigen Ideen einen Diskussionsprozess anzustoßen: Die Leipziger Beschlüsse zur Steuer- und Gesundheitspolitik fanden bundesweit ein großes Echo, sind dann allerdings in den Hintergrund getreten. Schafft es die CDU, an diese programmatische Linie anzuknüpfen und ihren von Angela Merkel in Leipzig formulierten Anspruch zu untermauern, „wirtschaftlicher und sozialer Reformmotor in Deutschland“ zu sein?

Über weite Strecken heißt die Antwort: ja. Um die Hauptbotschaften ihres Anfang Mai vorgelegten Programmentwurfs zu umschreiben, wählt die CDU das Begriffspaar Freiheit und Sicherheit.

Der Freiheit wird im Programmtex ein prominenter Stellenwert eingeräumt – nicht nur als Fundament der individuellen Menschenwürde, sondern auch als Impulsgeber der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Bekenntnis zum Freihandel, die Würdigung des Unternehmertums, die Forderung nach Bürokratieabbau und nach Zurücknahme des Staates – all diese Programmpunkte stehen nicht etwa unverbunden nebeneinander, sondern fügen sich in das Bestreben ein, den Staat unter freiheitlichen Aspekten zu denken und dem Bürger ein hohes Maß an Freiheit zu ermöglichen.

Nicht zum Nulltarif

Infolgedessen – und das ist erfreulich – zeichnet sich der Programmentwurf durch eine klare ordnungspolitische Handschrift aus. Im arbeitsmarktpolitischen Kapitel etwa bekennt sich die CDU zu einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsrechts und zur „rechtssicheren Gestaltung betrieblicher Bündnisse“. Die Staatsverschuldung wird als „unsozial“ gebrandmarkt und soll durch ein „grundätzliches Neuverschuldungsverbot“ eingedämmt werden. In der Bildungs- und Forschungspolitik setzt die Partei entschieden auf den Leistungsgedanken und unterbreitet hierzu detaillierte Vorschläge. Auch die marktwirtschaftlich richtungweisenden Beschlüsse des Leipziger Parteitages finden sich in dem Programmentwurf wieder. Freilich fällt diesmal sehr viel weniger Licht auf sie – und das ist wohl auch so beabsich-

tigt. Zwar hat man die Forderungen nach Einführung einer Gesundheitsprämie und nach einem einfachen Steuersystem nicht unter den Tisch fallen lassen, aber es scheint doch, als wollte die Partei nicht unbedingt daran erinnert werden, dass sie mit diesen Themen schon einmal Erwartungen geweckt hat – Erwartungen, die sie anschließend nicht erfüllen konnte. Gerade eine umfassende Vereinfachung des Einkommensteuerrechts wäre aber ein geeignetes Thema, den Freiheitsgedanken mit noch mehr Leben zu erfüllen. An diesem Beispiel wird zugleich deutlich, dass die freiheitliche Stoßrichtung nicht bis zur letzten Konsequenz durchgehalten wird. Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif – sie ist häufig mit Mühen und Zumutungen verbunden. Die CDU aber scheint den Menschen diese Zumutungen möglichst ersparen zu wollen. Da, wo Freiheit auch den Verzicht auf etablierte soziale Besitzstände bedeuten kann, wird der Programmtext bisweilen äußerst schmallippig. So werden zwar die Strukturschwächen des Sozialstaates erwähnt, nicht aber weiter ausgeführt. Was etwa ist unter einem „gerechten Sozialsystem“ zu verstehen? An welcher Stelle muss sich der Staat weiter zurückziehen? Hier lässt es die CDU an deutlichen Worten vermissen.

Stattdessen wird das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Leitideen der Freiheit und der Sicherheit häufig durch ein Übermaß an Ausgewogenheit übertüncht. Beispiel Finanzmärkte: Anerkennenswert ist, dass die *Private-Equity-Fonds* für ihren Beitrag gewürdigt werden, „Unternehmen wettbewerbs- und innovationsfähiger zu machen“. Dem folgt allerdings sogleich der warnende Hinweis auf die Finanzmittel einzelner privater Investmentgruppen, die „mittlerweile die Marktmacht von Unternehmen und Großbanken um ein Vielfaches“ übersteigen würden. Die CDU greift an dieser Stelle ein scheinbar populäres Bild

auf, ohne allerdings recht deutlich zu machen, was sie damit meint. „Marktmacht“ von Unternehmen ist ein höchst ungenauer Terminus, der sich nur schwerlich in Beziehung zur Finanzstärke einzelner *Hedge-Fonds* setzen lässt. Die davon abgeleitete Forderung nach einem „verlässlichen Ordnungsrahmen und mehr Transparenz“ an den weltweiten Finanzmärkten geht zwar in die richtige Richtung; ihr sollte aber nicht der suggestive Hinweis auf übermächtige und bedrohliche Investmentgesellschaften zugrunde liegen.

Beispiel Arbeitslosenversicherung: Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU beschlossen, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes an die Dauer der Beitragszahlung zu koppeln. Diese Forderung wurde nun in den Grundsatzprogrammentwurf aufgenommen und stützt damit den Anspruch der Partei, neben dem Freiheitsgedanken auch das Verlangen nach Sicherheit aufzugreifen. Zur programmatischen Schärfe trägt dieser Passus allerdings nicht bei. Im Gegenteil: Er schwächt das reformerische Profil der CDU und kollidiert obendrein mit ihrem Bestreben, die Sozialkosten möglichst weitgehend von den Arbeitskosten zu lösen.

Mehr Mut zum Risiko

Dass sich die Christdemokraten verstärkt des Themas der (sozialen) Sicherheit annehmen und es damit nicht allein der politischen Konkurrenz überlassen, ist nachvollziehbar. Freiheit und Sicherheit sind aus Sicht der CDU auch kein unauflösbarer Widerspruch, sondern bedingen sich gegenseitig. Dies macht die CDU deutlich, wenn sie ihr Leitbild der „Chancengesellschaft“ entwickelt. Die „Chancengesellschaft“ ist ein gut gewählter Begriff, der eine Klammer zwischen Freiheit und Sicherheit darstellt: Sicherheit erfahren die Menschen dadurch, dass ihnen immer wieder neue Chancen eröffnet

werden; nutzen können sie diese nur, wenn sie über genügend Freiheit verfügen. Dabei sollte die CDU allerdings herausstreichen, dass es Chancen ohne Risiken nicht gibt und die Bürger Chancen, die ihnen geboten werden, auch ergreifen müssen. Vor allem aber: Die „Chancengesellschaft“ müsste dem Programmtext noch sehr viel stärker ihren Stempel aufdrücken. In den wirtschaftspolitischen Passagen ist der Begriff bislang kaum auffindbar.

Und dennoch: Es bleibt der gute Gesamteindruck. Zwar würden mehr Risikofreude und die eine oder andere Zuspritzung dem Programm noch mehr Durchschlagskraft verleihen. Die CDU wäre schlecht beraten, sollte sie das eher enttäuschende Wahlergebnis von 2005 als Ablehnung einer ehrgeizigen Reformpolitik interpretieren. Roland Koch ist hier zuzustimmen: Die Union, so der hessi-

sche Ministerpräsident und stellvertretende Parteivorsitzende, habe keine Chance, „wenn sie um vordergründiger Popularität willen ihre Risikobereitschaft aufgibt“.

Alle Voraussetzungen für ein in sich stimmiges und über die Gegenwart hin-ausweisendes Grundsatzprogramm aber sind vorhanden. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Passagen zeugen von einem dezidiert marktwirtschaftlichen Geist. Unrecht haben jene Kritiker, die den Programmentwurf deswegen als zu unternehmerfreundlich geißeln: Was den Unternehmen dient, ist auch im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen. Die CDU behält hier die Übersicht. In ihrem Programmentwurf hat sie überzeugende Antworten auf die wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart und die globalen Herausforderungen der Zukunft gefunden.



Kammerorchester der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht CD

Seit 1997 besteht das Kammerorchester der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nach viel beachteten Auftritten u. a. bei der Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen der Konrad-Adenauer-Stiftung 2005 hat das Ensemble zum 10-jährigen Bestehen seine erste CD in der Immanuelkapelle in Bremen aufgenommen. Unter Leitung des Dirigenten und Altstipendiaten Florian Ludwig präsentiert das einzigartige aus Stipendiaten und Altstipendiaten, Laien- und Profimusikern bestehende Orchester Werke von Jean Sibelius, Leopold Hofmann, Heinrich Joseph Baermann, Edvard Grieg, Astor Piazzolla und Hermann Schroeder. Die CD, die sich auch hervorragend als Geschenk eignet, ist für eine Schutzgebühr von 12,50 Euro bei Christiane Bareiss im Referat Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung erhältlich (E-Mail: christiane.bareiss@kas.de; Telefon: 02241-246-2312).